

Kollegialsystem wird zum Maulkorb.

Veröffentlicht am 10. Juni 2004

Liberté, Egalité, Fraternité. Diese Grundsätze der französischen Revolution waren am Anfang moderner Demokratien: Ohne Freiheit keine Gleichberechtigung und ohne Gleichberechtigung keine demokratische Gesellschaftsordnung. Echte Demokratie bedeutet, dass die Stimme jedes Einzelnen gleich viel zählt. Wenn das Volk die oberste staatliche Willensbildung und Entscheidungsgewalt in der modernen, auf jeden Fall in einer direkten Demokratie wie die Schweiz, ausübt, dann ist jede Stimme zu berücksichtigen: Die Stimmen der Mehrheit, aber auch die Stimmen der Minderheit.

Brüderlichkeit bedeutet dabei, dass die Mehrheit die Minderheit respektiert, nicht unterdrückt, zum Schweigen verdammt. So wie das Machthaber jeder Art, ob Präsidenten, Tyrannen und Diktatoren seit Jahrtausenden und sogar bis in unsere Zeit praktizieren. Das sogar heute, hier in dieser Schweiz, die glaubt sich noch als eine direkte Demokratie bezeichnen zu dürfen. Eine Demokratie, in welcher die Stimmbürger in voller Kenntnis der Meinung der Mehrheit, aber auch der Minderheit entscheiden sollten.

Wer das nicht glaubt, der stelle sich doch einmal die Frage, warum bei Entscheidungen in unserer obersten Behörde, die Minderheit im Bundesrat dem Stimmvolk nicht selber ihre Gründe für ihr Nein zu einer bestimmten Entscheidung darlegen darf. Zum Beispiel über die Bilateralen II. Warum diese Minderheit gezwungen wird, etwas dem Volk gegenüber zu verteidigen, das der eigenen Überzeugung widerspricht? Mit welchem Recht und auf Grund von welchem Prinzip werden Mitglieder unserer obersten Behörde zu einem solchen hypokritischen, eines Bürgers entwürdigenden Verhaltens gezwungen? Aus Kollegialität, aus Gründen eines einheitlichen Auftretens, oder gar wegen der in diesem Zusammenhang so gerne zitierten, vollständig falsch verstandenen Geheimhaltungspflicht unserer Verfassung? Oder gar mit dem grosssprecherisch, jeweils als letztes Argument benützten Begriff der Konkordanz- der Konsens-Demokratie? Diejenige, die das tun, übersehen nur allzu gerne, dass es gerade die schlimmsten Diktatoren aller Zeiten waren, die mit dem Argument eines Konsens zum Wohle des ganzen Landes um sich warfen, um dem Volk ihren Willen aufzuzwingen. Was ist bei uns anders, wenn im Bundesrat eine nunmehr fest etablierte Vierergruppe von zwei Sozialisten, einem sozialisierenden FDP und einem überzeugten Euroturbo die Minderheit zum Schweigen zwingen möchten?

Mehr denn je bedroht dieses Mehrheitsdiktat heute die direkte Demokratie der Schweiz. Möglich ist das, weil im Parlament Parteien und politische Klüngel sich jeweils nur kurz vor ihrer Wiederwahl um das Volkswohl kümmern. Einmal gewählt, sind auch sie nur am Kampf um die Macht der Mehrheit interessiert. Auch sie wollen die Minderheit zum Schweigen bringen indem sie sich moralisch

aufbrüsten und den Konsens, die Konkordanz predigen. In Wirklichkeit mit Hilfe von Publizisten und Medien ihre kleinen, leider sehr oft recht undurchsichtigen Kompromisslereien dem ungenügend informierten Stimmvolk als das Beste zum Wohl des Landes aufschwätzen.

Unsere Verfassung hat nicht von ungefähr die oberste Bundesbehörde zu einem Kollegial-Organ gemacht, das unabhängig, mehr und mehr über den Parteien stehend, zum eigentlichen Hüter des allgemeinen Volkswohls wird. Ein Organ, in welchem im offenen Wettstreit Entscheidungen, nicht Kompromisse, zum Wohle des Landes errungen werden. Entscheide, die vom Volk zu genehmigen sind. Aber nur in Kenntnis der Meinung der Mehrheit und der Minderheit. Nicht die Mehrheit darf der Minderheit einen Maulkorb anlegen, um so, wie die Diktatoren, allein nur ihre Meinung als diejenige des Gesamtbundesrats dem Volk, mit teurerer Publizität schmackhaft zu machen. Nein, auch die Minderheit sollte das gleiche Recht haben, dem Volk direkt und mit dem gleichen Aufwand an Steuergeldern ihre Meinung zu präsentieren.

Das ändert nichts an der Tatsache, dass es sich um die Entscheide einer Kollegialbehörde handelt. Nur so wird die Willensbildung im Bundesrat vom Ränkespiel der Parteien und seiner einzelnen Mitglieder gesäubert werden können.